

Ulrike Bahr

- (A) 500 Millionen Euro für Techniker und Systemadministratoren, um die angeschaffte Technik zu warten, sowie 500 Millionen Euro für Lehrerinnen- und Lehrerlaptops, damit sie endlich nicht mehr mit ihren Privatgeräten arbeiten müssen.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist wie bei Olaf Scholz! Es liegt was im Schaufenster, aber im Laden ist nichts!)

Der DigitalPakt gilt dazu unvermindert weiter. Länder können weiterhin mit Bundesgeldern in ihre digitale Bildungsinfrastruktur investieren.

Wenn Ihnen der Mittelabfluss nicht schnell genug geht, dann klopfen Sie doch mal an die Tür Ihrer FDP-Landesministerin für Bildung in Nordrhein-Westfalen und machen Frau Gebauer Dampf unterm Kessel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Dürr [FDP]: Sie haben nicht verstanden, dass der DigitalPakt so nicht funktioniert!)

Natürlich will auch meine Fraktion, dass Schulen für den digitalen Wandel gewappnet sind – nicht nur in Zeiten der Pandemie –, und wir wollen auch, dass die Verzahnung von digitalem und Präsenzunterricht möglichst reibungslos klappt. Wie das aussehen kann, hat die SPD-Fraktion in einem Positionspapier bereits vor Monaten skizziert. Wir wollen die digitale Lernmittelfreiheit für alle.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Dazu braucht es beispielsweise ein neues Förderprogramm, das Schülerinnen und Schüler unterstützt, den verpassten Stoff nachzuholen. Bei allem digitalen Ausbau ist daher wichtig festzuhalten, dass Digitales den eigentlichen Präsenzunterricht immer nur ergänzen kann und nicht ersetzen darf. Die unmittelbare Teilhabe der Schülerinnen und Schüler und der direkte Kontakt sind essenziell. Das kann kein Gerät ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daher ist es auch so wichtig, dass wir den Rechtsanspruch für eine Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter schnellstmöglich umsetzen. Denn wer von Anfang an dabei ist und die Chancen zum gemeinsamen Aufwachsen und zum Von-und-miteinander-Lernen hat – analog und digital –, der hat es später auch leichter, sich zurechtzufinden. Deswegen müssen wir neben den Finanzen auch die Qualität des Ganztags im Blick behalten. Dieser muss mit außerschulischen Bildungsangeboten eng verzahnt werden, zum Beispiel mit dem MINT-Bereich oder mit Angeboten zur politischen Kinderbildung. Davon steht nichts im Antrag, obwohl es dazugehören müsste. Wir können dem Antrag von daher nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herzlichen Dank und schöne Weihnachten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/25298 mit dem Titel „Keine Zeit mehr zu verlieren – Die Digitalisierung von Schulen endlich beschleunigen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Corinna Rüffer, Maria Klein-Schmeink, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sozialstaat auf Augenhöhe – Zugang zu Teilhabeleistungen verbessern

Drucksache 19/24437

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen. Ich bitte, zügig den Platzwechsel zu vollziehen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Corinna Rüffer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Beste kommt zum Schluss!)

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. Das Beste, sagt Markus Kurth, und das Wichtigste kommt zum Schluss. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Demokratinnen und Demokraten! Vielleicht haben Sie es mitbekommen: Familie Lechleuthner ist der Kragen geplatzt. Für diejenigen, die es nicht mitbekommen haben, will ich einmal erläutern, was der Hintergrund ist: Die Lechleuthners leben mit ihren vier Kindern in Bayern. Korbinian – so heißt das jüngste Kind – ist dreieinhalb Jahre alt. Seine Muskeln sind anders als bei anderen Kindern; aber das ist sicher nicht das Problem. Aber damit Korbinian das bekommt, was er braucht, müssen seine Eltern ständig gegen Behörden kämpfen.

Zurzeit geht es zum Beispiel unter anderem um einen speziellen Stuhl, den das Kind in der Kita braucht, um seine kleinen Freundinnen und Freunde zu sehen. Das ist technisch eigentlich überhaupt kein Problem. Die Krankenkasse sollte das finanzieren, tut sie aber nicht. So müssen die Eltern wertvolle Zeit damit verplempern – die würden auch gerne mit ihren Kindern spielen und Zeit mit ihnen verbringen –, sich mit der Kasse herumzuschlagen, damit ihr Sohn das bekommt, was er braucht.

Als neulich wieder eine Ablehnung im Briefkasten landete, startete Frau Lechleuthner eine Petition mit dem Ziel, die Blockade der Krankenkassen endlich zu stoppen. Sie kämpft damit nicht nur für sich und vor allen

Corinna Rüffer

- (A) Dingen ihren Sohn, sondern sie kämpft für ganz viele Menschen in diesem Land, die vergleichbare Probleme haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe vor einiger Zeit eine Umfrage gemacht, um herauszufinden, wie es denn ist mit dem Zugang zu Teilhabeleistungen und wo im Einzelnen die Probleme liegen. Ich habe innerhalb weniger Wochen tatsächlich Tausende von Rückmeldungen bekommen; nicht ein paar, sondern Tausende. Die Menschen berichteten mir, dass sie sich als Bittsteller fühlen, dass sie schlecht beraten würden und vor allem nicht auf Augenhöhe, dass sie müde seien und kaum noch Kraft hätten, jeden Tag aufs Neue gegen Behörden und ebendiese vermaledeite Bürokratie anzukämpfen.

Es waren viele Eltern von Kindern mit Behinderung darunter. Sie schreiben davon – es ist wie bei den Lechleuthners –, dass sie, anstatt die Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können, Aktenordner mit Anträgen, Widersprüchen und all dem, was an Papierkram so anfällt, füllen.

Blinde Menschen berichteten, dass sie Unterlagen handschriftlich ausfüllen sollten. Gehörlosen ist ihr Recht verwehrt worden, Gebärdendolmetscher mit zu Behörden zu nehmen, um ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Es gab auch viele Fälle, bei denen es darum ging, Leistungen zu verlängern, die sie ja schon seit langer Zeit bekommen. Als ob jemand, der zum Beispiel auf eine 24-Stunden-Assistenz angewiesen ist, diese ein Jahr später nicht mehr braucht! Eine Behinderung verschwindet doch nicht einfach so. Deswegen macht es überhaupt keinen Sinn, dass man immer und immer wieder die gleichen Fragen beantworten muss und die gleichen Unterlagen auszufüllen hat. Das ist totaler Unsinn.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Wir schlagen vor, endlich damit Schluss zu machen und diesen Zustand zu beenden. Wir wollen einen Sozialstaat, der den Menschen auf Augenhöhe begegnet, einen Servicestaat und keinen Kafka-Staat. Verfahren müssen spürbar beschleunigt werden, damit die Menschen nicht monatelang auf die Bearbeitung ihres Antrags warten müssen. Ich habe die Geschichte einer alten Frau im Kopf, die zwei Jahre lang auf die Genehmigung ihrer orthopädischen Schuhe warten musste und in dieser Zeit faktisch ihre Wohnung kaum noch verlassen konnte. Das sind unhaltbare Zustände. Es müssen Konsequenzen gezogen werden. Die Menschen haben keine Kraft, vor Gerichte zu ziehen. Wir müssen ihnen unter die Arme greifen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter unserem Antrag – das ist, glaube ich, offensichtlich – steckt ein enormes Problem. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich diese Menschen frustriert abwenden, weil sie irgendwann nur noch das Gefühl haben, gegängelt zu werden. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wieder Vertrauen entsteht in einen Staat –

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Rüffer.

(C)

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– letzter Satz –, der für sie da ist, wenn sie ihn brauchen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. In diesem Sinne: Frohe Weihnachten!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Wilfried Oellers das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wilfried Oellers (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer an den Endgeräten! Frau Rüffer, als ich den Antrag gelesen habe, wusste ich zunächst nicht, ob er einen roten Faden hat. Sie haben viele Punkte aufgeführt, die selbst in den elf Minuten meiner Redezeit – das sage ich ganz ehrlich – schwer zu erfassen sind.

Um die Geschichte der vielen betroffenen Menschen, die Sie gerade erzählt haben, vielleicht als Erstes aufzugreifen: Diese Fälle werden mir auch geschildert, und ich muss sagen, in einigen Fällen bin ich fassungslos, wenn ich sehe, wie die Verfahren laufen. Dennoch muss man natürlich sagen, dass selbst diese Ansprüche zunächst mal zu beantragen sind und ein Verfahren durchzuführen ist. Auch ich würde mir da mehr Beschleunigung wünschen; das sage ich ganz ehrlich.

(D)

Sie sprechen von einem „Sozialstaat auf Augenhöhe“. Was heißt das eigentlich? Ich will betonen, dass das Sozialleistungsverhältnis ein Leistungs-, Pflichten- und Obliegenheitsverhältnis ist. Die Bürger müssen einen Antrag stellen. Dieser sollte zügig bearbeitet werden; da bin ich voll bei Ihnen. Dann geht es aber darum, vonseiten des Staates solche Ansprüche – das verstehe ich unter einem „Sozialstaat auf Augenhöhe“, und ich bin der Meinung, dass wir diese Augenhöhe haben – kontinuierlich zu begleiten. Ich gebe zu: Das kann zum Teil sehr mühsam sein, ja. Aber ich glaube schon, dass wir in den letzten Jahren als Bundesregierung da vieles getan haben, insbesondere durch das BTHG. Das bringt natürlich viele Umstellungen und Neuerungen mit sich, auf die sich die Behörden bzw. Leistungsträger einstellen müssen.

Ich greife mal als ersten Punkt das Leistungsrecht heraus. Was haben wir nicht alles eingeführt! Das Wunsch- und Wahlrecht nach SGB IX wurde mit dem Bundesteilhabegesetz eingebracht. Die angemessenen Wünsche der Leistungsberechtigten werden im Rahmen der persönlichen, familiären und örtlichen Umstände, gerade was die gewünschte Wohnform betrifft, berücksichtigt. Selbst unangemessenen Wünschen ist zu entsprechen, wenn ansonsten der Bedarf nicht oder nicht umfassend gedeckt werden kann oder alternative Leistungen nicht zumutbar sind. Dem Wohnen außerhalb von